

## Überlegungen zur Demokratiefrage aus Anlass eines PROKLA-Artikels im Hinblick auf die Vorbereitung der FNPA-Jahrestagung 2017

Der Artikel „Der globale Kapitalismus im Ausnahmezustand“ ist in seiner Analyse der Lage in hohem Maße überzeugend. Wir haben zunehmend, und in unterschiedlichen Formen, mit dem „Maßnahmestaat“ zu tun. Postdemokratisierung und Refeudalisierung sind in vollem Gange. Wir sehen uns also konfrontiert mit unterschiedlichen Folgen einer „großen ökonomischen Krise“ des Kapitalismus. Sie sind nicht einfach alle aus einer neuen „großen Krise“ abzuleiten, aber doch ohne sie in ihren gegenwärtigen Verlaufsformen kaum zu erklären. Den multiplen Krisenentwicklungen kann immer weniger in „bewährter“ neoliberaler Weise mit „neuer kapitalistischer Landnahme“ im Rahmen globalisierter Verwertungsstrategien begegnet und sie können nicht dauerhaft so wie bisher auf die unteren Klassen und Schichten abgewälzt werden, ohne dass es zu immer schwerer zu kontrollierenden Konflikten kommt. Und so haben wir es in der Folge mit unterschiedlichen Vorstellungen seitens der herrschenden Eliten darüber zu tun, wie die bestehende Herrschaftsordnung aufrecht zu erhalten ist. Außerdem erleben wir den Aufschwung rechtspopulistischer Bewegungen und Parteien, die in dieser Lage zu alten, zutiefst reaktionären Politikvorstellungen eines Carl Schmitt zurück wollen - Ideen, deren Fortleben in kleinen Kreisen Jürgen Habermas schon 1987 „Grund genug“ boten, „zu erbleichen“. Überwiegend ist das für Repräsentanten der Konservativen unter den herrschenden Eliten (noch) tabu; aber am Beispiel der USA lässt sich beobachten, wie rasch Populisten hoffähig“ werden können. So haben wir es wirklich mit einer Krise der Demokratie, wachsenden Kriegsgefahren usw. zu tun.

Der Artikel ist ebenso hinsichtlich seiner Einschätzung der Ergebnisse der Protestbewegungen - die im Jahr 2011 kulminierte und in Heft 177 der PROKLA analysiert worden sind, seither mit den Folgen ihrer relativen Niederlagen zu kämpfen haben und nun durch neue rechtspopulistische Bewegungen „abgelöst“ worden sind - solide. Dieser autoritäre Rechtspopulismus verändert gerade in erheblichem Maße die Welt, und die politische Linke hat darauf bislang keinerlei überzeugende Antworten. Die Analyse, die die Autorengruppe vorlegt, endet im Grunde damit, dass sie in Kategorien von Antonio Gramsci die Frage diskutiert, ob wir es mit einer Hegemonie-Krise zu tun haben, ob die Verhältnisse danach schon präfaschistisch zu werden beginnen und was daraus folgt. Öffnet sich ein neues Gelegenheitsfenster oder wird die Lage für die politische Linke eher schwieriger? Man neigt hier spontan eher dazu, mit wachsenden Schwierigkeiten zu rechnen, aber gerade deshalb käme es darauf an, den Blick vor allem auf die Chancen der Krise zu richten.

Es fällt auf, dass die Lageeinschätzung der Redaktion dort unbefriedigend wird, wo sie an die Schwelle zu strategischen Schlussfolgerungen kommt. Eklatant sichtbar wird das dort, wo (eigentlich nur) über parteipolitische Schlussfolgerungen nachgedacht wird. Im Blick auf Deutschland – darüber hinausgehend, also z.B. in europäi-

scher Perspektive, finden sich keine weitergehenden Überlegungen – wird rot-rot-grün deshalb mit größter Skepsis bedacht, weil, ähnlich wie bei rot-grün 1998ff damit gerechnet werden müsse, dass SPD und Grüne – als „bürgerlich“ gewordene Parteien letztlich auch in dieser Koalition dem fortgesetzten Druck der neoliberalen Konterrevolution nachgeben werden.

Schon mit den Begriffen wird es hier schwierig. „bürgerliche“ Parteien setzen im Grunde als Gegenbegriff den der „proletarischen“ Partei voraus – und damit ist man in alten Vorstellungen von Klassenkonflikten. Auch die Redeweise von den herrschenden Klassen legt das nahe. Andererseits sind die „neuen sozialen Bewegungen“ klassenspezifisch relativ heteronom, und die auf erfolgreichen Institutionalisierungsprozessen fußenden Organisationen der alten Arbeiterbewegung sind institutionell relativ „festgefahren“. Erfolgreiche Institutionalisierungsprozesse sozialer Bewegungen bringen eben immer auch ein konservatives Moment in die weitere gesellschaftliche Entwicklung, wie der konservative Institutionentheoretiker Karl-Siegbert Rehberg (1994) überzeugend gezeigt hat. Meines Erachtens muss man hier anders neu nachdenken:

- Ich gehe im Anschluss an Jacques Rancière (2002) davon aus, dass der Marxsche Begriff des Proletariats - eigentlich als einer „Nicht-Klasse“, so Rancière (2002) - problematisch ist.<sup>1)</sup> Wenn man weiter neuere Analysen zu sozialen Milieus im Anschluss an Pierre Bourdieu (1982) als Fortführungen empirischer Klassenanalysen heute als gehaltvoll ansieht<sup>2</sup>, erscheint es mir sinnvoller von herrschenden Eliten zu sprechen – und dann deren wachsende Ratlosigkeit nach Kräften zu demaskieren?
- Man könnte nach der Occupy-Bewegung und der radikaldemokratischen Kritik der spanischen Indigidad@s oder 15M-Bewegung ja fast sagen: der neuen herrschenden Geldeelite und den ihr verpflichteten politischen Eliten – sowie einer Wissenschaft, die sich in ihrem Mainstream wie immer viel Opportunistisches zu den Zeitläufen „einfallen lässt“, stehen im Grunde die 99 Prozent gegenüber – ein „Proletariat“ als „Nichtklasse“ (Rancière), fast ganz im Sinne der Hegelmarxistischen Geschichtsmetaphysik.
- Nur ist eben diese „Nichtklasse an sich“ zunächst einmal ein gedankliches Konstrukt – und eine Dialektik im Sinne der idealistischen Mystifizierungen a'la

---

<sup>1</sup> Rancière (2002, spricht in seinem Traktat über das Politische zu Recht davon, dass „das Proletariat (...) nicht eine Klasse unter anderen, sondern die Auflösung aller Klassen (ist), und darin, wird Marx sagen, besteht seine Universalität“ (S. 30f). Und er spricht dann später in seiner kritischen Auseinandersetzung mit dem nie wirklich entfalteten Marxschen Politikbegriff davon, dass bei Marx die „Demokratie als Vervollkommnung einer bestimmten Politik, das heißt Vervollkommnung ihrer Lüge“ interpretiert werde (a. a. O. 94). Das Proletariat als die „Klasse, die keine ist“, gelte so „in der Meta-Politik“ – als dem Marxschen Verständnis von Politik, so wie Rancière es von dem von Platon (Archi-Politik) und Aristoteles (Para-Politik) unterscheidet (a. a. O. 73ff) - „als der Name des Wahren der politischen Illusion selbst“, als „einer der Subjektnamen, die den Streit organisieren“ (a. a. O. 100).

<sup>2</sup> Vgl. im Anschluss an Bourdieu für Deutschland Vester u.a. 2001 und 2007.

Hegel<sup>3</sup> ist eben leider nicht am Werke. Im Gegenteil: es gelingt dem herrschenden Politikbetrieb – nach dem „Aufstieg einer neuen Geldelite und dem Abstieg aller anderen“<sup>4</sup> immer noch, große Teile der beherrschten Klassen auf ihre vorgebliche Verteidigung des Status Quo zu orientieren – und die, die sich abgehängt, oder in ihrem Status bedroht fühlen, sind für rechtspopulistische Vorstellungen anfällig geworden. Was sich real als Gegenbewegung aus unterschiedlichen Klassenlagen/sozialen Milieus heraus entwickeln lassen wird, das hängt von Lernprozessen ab. Und das entscheidende Problem liegt dann gegenwärtig darin, dass die progressiven Reformkräfte - die Linke, wenn man das nicht parteipolitisch verengt – bislang keine Perspektive anzubieten hat, die mobilisierungsfähig wäre und solche Lernprozesse befördern könnte.

Weit davon entfernt, hier „Rezepte“ anbieten zu wollen, denke ich: Man müsste über eine alternative Perspektive zur „marktkonformen Demokratie“ viel intensiver nachdenken. Wenn man sie in die Form einer „Erzählung“ bringen will, der Menschen zuhören und die sie überzeugt, kommt es m. E. zunächst darauf an, offensiver die Perspektivlosigkeit des herrschenden Politikbetriebs – und die gefährliche postdemokratische und refeudalisierende Richtung in die er sich mit der Vorstellung einer „marktkonformen Demokratie“ (Merkel) bewegt - klar sichtbar zu machen. Aus der Kritik daran wären dann alternative Schritte zu entwickeln: nicht als fertiges Konzept sondern als tentative Schritte, bei denen Viele mitmachen müssen, damit sie konkretere Gestalt gewinnen können, denn auf deren „Selbertun“ kommt es vor allem an.

Über „neue Arbeit“ im Zeichen ihrer Subjektivierung und Entgrenzung wird derzeit, wie schon einmal um die Jahrtausendwende, im Hinblick auf neue Demokratisierungspotentiale bei „Arbeit 4.0“ gesprochen (Sattelberger u.a. 2015, BMFAS 2016) – und gegen die fortwährenden Restrukturierungsprozesse in Produktion und Verwaltung suchen Gewerkschaften und Betriebsräte hierzulande Beteiligungsprozesse zu organisieren und dafür gerade auch die sogenannten „modernen Wissensarbeiter“ zu gewinnen (Wetzel 2015). Die kämpfen auch noch um ihre Selbstbehauptung in gesicherten Arbeitsverhältnissen. Aber sie können auch sehen - in den südeuropäischen Ländern überdeutlich -, dass ihre Kinder zunehmend unsichere Perspektiven vor sich haben. Man muss sich doch fragen, weshalb hier gegenüber ArbeitsbürgerInnen, deren Selbsttätigkeit und unternehmerisches Midenken von den Topmanagern der Wirtschaft zunehmend gefordert wird, im politischen Prozess der Gesellschaft so viel Zurückhaltung herrscht.

Es käme darauf an, ihr politisches Potential zu entbinden – arbeitspolitisch auch in den Sphären von Arbeit und Wirtschaft selbst – aber dann müsste man – über die Fragen nach einer anderen, qualitativ Keynesianisch inspirierten Wirtschaftspolitik innerhalb der EU hinaus – auch klar machen, dass es darauf ankommen wird, die

---

<sup>3</sup> So schon Marx, vgl. dazu Alfred Schmidt (1977,74)

<sup>4</sup> So formuliert Chrystia Freeland (2013) – ja die kanadische Handelsministerin, die CETA erfolgreich betrieben hat – in einer durchaus erhellenden Analyse über die Umbrüche seit der Implosion des Realsozialismus im Titel der englischen Originalausgabe.

Ökonomie unter die Eigenzeit demokratischer Entscheidungen zu zwingen und nicht umgekehrt. Wir bräuchten andere öffentliche, politische Diskussionen weit über die begrenzte linke (Teil)Öffentlichkeit hinaus, Das müsste z. B. einschließen: (1) eine entsprechende offensivere Diskussion in den Gewerkschaften, die bislang aus ihrer Defensive heraus mit eher pragmatischen Konzepten eine „Flucht nach vorn“ (Lehndorff 2012) versuchen; (2) deren bessere Verknüpfung mit den Debatten über die ökologische Krise, die in anderen Teilen der Gesellschaft wirklich kritisch geführt wird, (3) die Einbeziehung des progressiv-kritische Potentials der Kirchen usw. Und wir werden solche Diskussionen nur bekommen, wenn es gelingt, die angesichts der erreichten gesellschaftlichen Reichtumsproduktion vor uns liegenden Möglichkeiten eines anderen guten Lebens (be)greifbarer zu machen – zusammen mit der Einsicht, dass sie nicht stellvertretend durch Berufspolitiker konkretisiert werden können sondern nur durch das Zusammenhandeln der Vielen, für das Politiker dann eine katalytische Funktion haben könnten.

Dazu käme es darauf an, solche Diskussionen beständig mit einer bohrenden Kritik der Hilf- und Perspektivlosigkeit der immer noch bestimmenden Grundlinien von SPD und Grünen zu verknüpfen – und zugleich die kritische Diskussion mit allen Demokraten, also auch den Konservativen Parteien, für die der Rechtspopulismus (noch) Tabu ist, immer wieder einzufordern. Wenn man, was ich für richtig und durchgängig möglich halte, die Fragen der sozialen Demokratie und der nachhaltigen Entwicklung (ökonomisch, ökologisch, sozial, institutionell) dabei ins Zentrum rückt, kann dem letztlich auch niemand ausweichen – es sei den er wechselt in ein sich radikalisierendes rechtspopulistisches Lager.

Auf der Linie dieser Überlegungen wird im Übrigen radikale Herrschaftskritik (vgl. Wolf 2002) zu einem wichtigen Punkt – und dabei geht es eben nicht nur um ökonomische Herrschaftsverhältnisse, an denen sich die Arbeiterbewegung entzündet hat, sondern ebenso um das Geschlechterverhältnis wie auch unser herrschaftliches Naturverständnis.<sup>5</sup> Die Trennungslinie, an der sich die entscheidende Konfliktlinie festmachen müsste, wäre demnach die Frage: geht es um die Aufrechterhaltung bzw.-Restabilisierung gesellschaftlicher Herrschafts – bzw. Ordnungs- und Unterordnungsverhältnisse notfalls auch um den Preis fortschreitender Entdemokratisierung (Postdemokratie, Refeudalisierung), zu der auch die „Entfähigung“ der besitzlosen Klassen an/zu politischer Teilhabe gehört; oder geht es darum eine demokratische Ordnung weiterzuentwickeln, so dass Herrschaftsverhältnisse (im Sinne der Anfänge des demokratischen Projekts der Moderne, aber auch unserer Verfassungsordnung heute) sukzessive abgebaut werden können und Demokratie als Lebensform entwickelt werden kann. Eine Reihe offener Fragen, die u.a. auch notwendige begriffliche Klärungen einschließen, möchte ich im Zusammenhang dieser Stellungnahme wenigstens noch knapp umreißen:

---

<sup>5</sup> Vgl. zu ersterem meine Überlegungen im Anschluss an den radikalen Feminismus der Schriftstellerin Christa Wolf (Martens 2014) zu letzterem die grundlegende Arbeit von Uta von Winterfeld (2006):

- Impliziert die Perspektive auf Demokratie – „wir sind das Volk“, „wir sind die 99 Prozent“ - nicht schon, dass es richtig wäre, auf eine Gegenüberstellung von herrschender Klasse und beherrschten Klassen zu verzichten? Spricht dafür nicht möglicherweise auch, dass ernst zu nehmende Soziologen (z. B. Plessner 1955) in den 1950er Jahren von einer „offenen Klassengesellschaft“ und in ihr herrschenden Eliten gesprochen haben, die sich nicht mehr zwingend aus relativ geschlossenen „herrschenden Klassen“ rekrutieren.<sup>6</sup> Die Elitenforschung (Hartmann 2007) zeigt sicherlich, dass solche Offenheit in einzelnen Staaten sehr unterschiedlich ausgeprägt und dass wohl vor allem die wirtschaftlichen Eliten relativ geschlossen sind, aber dennoch gilt Plessners These der „Emanzipation der Macht“ von ganz klarer klassenspezifischer „Anbindung“ wie zu Zeiten der alten Feudalgesellschaften (Plessner 1962).
- Ich denke ferner, dass auch über den Ideologiebegriff noch einmal nachgedacht werden müsste. Ich finde hier Arendts Überlegungen zur „Lüge in der Politik“ (Arendt 2004) immer noch weiterführend. Es kommt also m. E. darauf an, den Prozess und die Mechanismen der Ideologisierung von Problem- bis zu Weltsichten im Rahmen ihrer Stufenfolge von „Selbsttäuschung, Täuschung, Lüge und Ideologisierung bis hin zu Wirklichkeitsverlusten“ heute im Hinblick auf die herrschende Marktgläubigkeit nachzuzeichnen. Nur so kann man die heute erkennbaren Schwächen des hegemonialen neoliberalen Denkens kenntlich und öffentlich sichtbar machen.
- In jedem Fall aber wird man nicht umhin kommen, von Neuem und sehr viel konsequenter als in den 1970er Jahren darüber nachzudenken, wie heute ein „mehr Demokratie wagen“ gegen die weiter fortschreitende Postdemokratisierung und Refeudalisierung aussehen könnte. Es gibt dazu Anknüpfungspunkte wie Robert Jungks (Jungk/Müllert 1981) Zukunftswerkstätten oder Peter Dienels (1997) Planungszellen. Aber man muss sich auch klar machen, dass hier gerade in der Marxschen Traditionslinie eine Leerstelle vorliegt, die geschlossen werden muss.<sup>7</sup>

---

<sup>6</sup> Der Philosoph und Soziologe Helmuth Plessner (1962) hat mit guten Gründen im Blick auf die „offenen Klassengesellschaften“ der wohlfahrtsstaatlichen Nachkriegsdemokratien von einer „Emanzipation der Macht“ als traditionellen, eng klassenspezifisch gebundenen Verknüpfungen gesprochen – und zugleich auf die Möglichkeit verwiesen, dass die so entstandenen parlamentarischen Demokratien aus sich heraus sehr wohl wieder neue Formen des „totalen Staats“ hervortreiben könnten. Auch Norbert Elias, wie Plessner linksradikaler Neigungen gänzlich unverdächtig, spricht schon vor dreißig Jahren mit heute eher erschreckender Aktualität davon, dass sich in den USA aus einer „oligarchischen Republik in ein diktatorisch regiertes Land, möglicherweise in eine Präsidialdiktatur verwandeln“ könne (Elias 1985, 107).

<sup>7</sup> Ein Beispiel zu dieser These: Im Vorwort zu seinem Essay über den „Versuch über die Befreiung“ widmet Herbert Marcuse (1969) den „jungen Rebellen, die entdecken, dass die Erreichung ihres Ziels“ eine Auseinandersetzung erfordert, die nicht von den Regeln und Vorschriften einer Pseudo-Demokratie in einer freien Orwellschen Welt eingedämmt werden kann“ (a. a. O. 12f). Die „Errichtung der Demokratie“ (a. a. O. 35) ist für ihn also erst mit dem „Bruch mit dem sich automatisch vorwärtsbewegenden konservativem Kontinuum der Be-

Dies sind nur ein paar rasch aufgeschriebene Überlegungen, zu denen mich die sehr umfassend ansetzenden Thesen der PROKLA-Redaktion angeregt haben. Ich arbeite ja seit nunmehr sechs bis sieben Jahren an der „Neuen Wirtschaftsdemokratie“ als einem für mich zentralen Thema (Martens 2010, 2015 und 2016); und ich habe dabei meinen Akzent inzwischen noch etwas stärker auf die Demokratiefrage gelegt als zu Beginn – auch wenn es bei wirtschaftsdemokratischen Überlegungen ganz selbstverständlich immer auch um Antworten auf ökonomische Krisenprozesse geht. Ich arbeite so an einem Teilproblem- sagen wir an der Schnittstelle von Ökonomie und Politik -, von dem ich meine, dass es angesichts der multiplen Krisenentwicklungen im Kontext linker Strategiebildungsprozesse einigermaßen wichtig ist. Für solche Strategiebildungsprozesse gilt, was die Redaktion der Zeitschrift PROKLA in dem eben erwähnten Artikel geschrieben hat: „*Es fehlt ein integrales Programm, das über die beschränkten Kreise der heutigen Linken hinaus attraktiv und überzeugend ist, und vor allem eine Strategie, um ein solches Programm durchzusetzen.*“ Die durch den Artikel angeregten ersten Überlegungen zielen deshalb – vor dem Hintergrund meines spezifischen Arbeitsstranges - darauf, ein klein wenig zu einem solchen integrativen Strategiebildungsprozess beizutragen.

## Literatur:

- Arendt, H. (2004): Die Lüge in der Politik. Überlegungen zu den Pentagon-Papieren (1971), in: Vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte und Gesellschaftspolitik, Heft 1678, 3/2004, S.3- 18
- BMFAS (2016): Arbeit weiter denken – Werkheft 012. Digitalisierung der Arbeitswelt
- Bourdieu, P. (1982): Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft. Frankfurt am Main
- Dienel, P. (1997): Die Planungszelle. Eine Alternative zur Establishmentdemokratie, Opladen
- Freeland, C. (2013): Die Superreichen. Aufstieg und Herrschaft einer neuen globalen Geldeite, Frankfurt am Main
- Habermas, J. (1987): Der Schrecken der Autonomie. Carl Schmitt auf englisch, in: derts. (1987): Eine Art Schadensabwicklung, Frankfurt am Main, S. 1^01-114
- Hartmann, M. (2007): Eliten und Macht in Europa. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt/New York
- Jungk, R.; Müllert, N. R.. (1981): Zukunftswerkstätten, Hamburg
- Lewhn dorff, S. (2012): Besser statt billiger. Demokratisierung der Arbeit als Flucht nach vorn, in: Fricke, W.; Wagner, H. (Hg.): Demokratisierung der Arbeit. Neuansätze für Humanisierung und Wirtschaftsdemokratie, Hamburg
- Marcuse, H. (1969): Versuch über die Befreiung, Frankfurt am Main
- Martens, H. (2010) Neue Wirtschaftsdemokratie. Anknüpfungspunkte im Zeichen der Krise von Ökonomie, Ökologie und Politik, Hamburg
- (2014): Am Anfang und am Ende unserer Zeit. Überlegungen aus Anlass von Christa Wolfs Reflexionen im Epochenbruch, [www.drhelmutmartens.de](http://www.drhelmutmartens.de)

---

dürfnisse“ denkbar (a. a. O. 36). Und damit ist er im Blick auf die bestehende Gesellschaft ganz in Marxscher Tradition bei dem, was Jacques Rancière (2002, 94ff) als „Meta-Politik“ bezeichnet hat (siehe Fn2). Der Frage nach der demokratischen Ordnung der freien Gesellschaft, die nach der großen Transformation Wirklichkeit werden soll, wendet Marcuse dann auch im Weiteren keine größere Aufmerksamkeit zu, wenn er (a. a. O. 95ff) von der „‘bürgerlichen‘ Demokratie“, einem „halbdemokratischen Prozess“, aber auch erneut einer „Pseudo-Demokratie spricht, der er eine „direkte Demokratie“ im Sinne rätedemokratischer Vorstellungen gegenüberstellt (a. a. O. 104).

- (2016): Refeudalisierung oder Überwindung des Kapitalismus? Am Ende der industrielokalistischen Wachstumsdynamik, Hamburg
- Plessner, H. (1985, 1955): Über Elite und Elitenbildung, in: ders: Gesammelte Schriften X. Schriften zur Soziologie und Sozialpsychologie, Frankfurt am Main, S. 138-146
- (1962): Die Emanzipation der Macht, in: Gesammelte Schriften V, Frankfurt am Main, S. 259-282
- Rancière, J. (2002): Das Unvernehmen. Politik und Philosophie, Frankfurt am Main
- Rehberg, K.L. S. (1994): Institutionen als symbolische Ordnungen. Leitfragen und Grundkategorien zur Theorie und Analyse institutioneller Mechanismen (TAIM), in: Göhler, G. T. (Hg.): Die Eigenart politischer Institutionen, Baden-Baden, S. 47-84
- Sattelberger, T.; Welpe, I.; Boes, A. (Hg.): (2015): Das demokratische Unternehmen. Neue Arbeits- und Führungskulturen im Zeitalter digitaler Wirtschaft, Freiburg/München
- Vester, M.; von Oertzen, P.; Geiling, H.; Hermann, T.; Müller, D. (2001): Soziale Milieus im gesellschaftlichen Strukturwandel. Zwischen Integration und Ausgrenzung, Frankfurt am Main;
- Vester, M.; Teiwes-Kügler, C.; Lange-Vester, A. (2007): Die neuen Arbeitnehmer. Zunehmende Kompetenzen – wachsende Unsicherheiten, Hamburg
- Wetzel, D. (2015): Beteiligen und Mitbestimmen. Für eine lebendige Demokratie in Wirtschaft und Gesellschaft, Hamburg
- Winterfeld, U. v. (2006): Naturpatriarchen. Geburt und Dilemma der Naturbeherrschung bei geistigen Vätern der Neuzeit, München
- Wolf, F. O. (2002): Radikale Philosophie, Münster